



## **Massenproteste im Winter? - Wie Rechtsextreme die Energiekrise für sich nutzen**

Bericht: Thomas Datt, Jana Merkel

Kamera: Tilo Holzapfel, Moana Nitschke, Uwe Nitschke

Schnitt: Kai Boege

Montagabend in Heidenau. 70 Menschen sind dem Demoaufruf der „Freien Sachsen“ gefolgt, beim allwöchentlichen Ritual soll es diesmal um die Energiekrise gehen. Kein Verständnis für die deutsche Regierung, aber viel für Putin - darin ist man sich hier einig.

### **Demonstrant**

**Ich bin der Meinung, wenn wir uns da mal rausgehalten hätten einfach und gesagt hätten, keine Waffenlieferung für nichts. Und eine weitsichtige umsichtige Politik gemacht hätten, würde es jetzt für uns jetzt nicht wirtschaftlich solche gravierenden Dinge geben.**

Die rechtsextreme Partei versucht sich heute in Humor, huldigt Bundeswirtschaftsminister Habeck. Eigentlich wollte sie einen symbolischen Schauprozess gegen den Grünen-Politiker veranstalten. Versammlungsbehörde und Gerichte haben das verboten.

### **DJ Happy Vibes**

**Entschied das Verwaltungsgericht Dresden sowie das Oberverwaltungsgericht Bautzen, dass wir einen Vizekanzler nicht mehr kritisieren dürfen.**

Der langjährige NPD-Funktionär Max Schreiber, jetzt auch Kreisvorstand der „Freien Sachsen“, hatte auf Facebook das Tribunal gegen Robert Habeck angekündigt. Das alsbald gelöschte Werbevideo spielte auf die orangenen Overalls von Terrorverdächtigen und Politiker-Entführungen an. Und teilte schon das feststehende Urteil mit - 16 Wochen Pranger auf dem Marktplatz.

### **Max Schreiber**

**Das war eigentlich eine eher lustige Aktion. Die Audiospur darf ja nun leider nie abgespielt werden. Und in der Audiospur wäre am Ende, hätte man sie abspielen dürfen, auch klar gewesen, dass es noch mehr Prozesse gegeben hätte. Gegen andere führende Politiker. Aber dazu dürfen wir ja leider offiziell keine Namen nennen.**

Wegen des Verbots blieben Pranger und Puppe verhüllt. Doch schon der Versuch hat den „Freien Sachsen“ wieder einmal bundesweit Aufmerksamkeit beschert. Das zeige, wie geschickt die rechtsextreme Partei politische Propaganda betreibt, sagt der Magdeburger Soziologe David Begrich.



### **David Begrich Miteinander e.V. Sachsen-Anhalt**

**Die Freien Sachsen machen eine Politik mit politischen Bildern. Das heißt also, sie haben begriffen, dass politische Kommunikation ganz zentral darüber funktioniert, Bilder zu erzeugen. Und diese Bilder sollen zwei Dinge: sie sollen emotionalisieren und sie sollen radikalisieren.**

Die „Freien Sachsen“ hatten seit 2021 jeden Montag landesweit zu sogenannten „Spaziergängen“ gegen die Corona-Maßnahmen mobilisiert. Und auch immer wieder Politiker regelrecht belagert. Geführt wird die Partei von erfahrenen Rechtsextremisten. Zeitweise demonstrierten Zehntausende, doch seit dem Frühjahr ließ das Interesse wie auch hier in Heidenau spürbar nach. Provokationen wie der Pranger sollen das ändern, sagt Andreas Hofmann. Der DJ kandidierte zur Landratswahl für die „Freien Sachsen“.

### **Andreas Hofmann aka DJ Happy Vibes**

**The show must go on. Was wir hier machen, dient dazu, dass die Bevölkerung endlich mal hinschaut.**

Ob die „Freien Sachsen“ im Herbst wieder den von ihnen erhofften Massenzulauf erreichen, ist nach Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes offen - Zitat:

**„Zumindest mit dem neuen Thema Energiekrise ist den rechtsextremistischen Akteuren bisher noch kein durchschlagender (Mobilisierungs-)Erfolg gelungen. Ob sie mit Mobilisierungsaktionen in den sozialen Medien wie der jüngsten perspektivisch an frühere Erfolge anknüpfen können, bleibt abzuwarten.“**

Quelle: Verfassungsschutz Sachsen

Anders als bei Corona haben Querdenker und Rechtsextreme beim Thema steigende Lebenshaltungskosten politische Konkurrenz. Am Montag rief der Leipziger Bundestagsabgeordnete Sören Pellmann von den Linken zu Montagsdemos auf. Er bezog sich auf die Massenproteste, bei denen 2004 vor allem in Ostdeutschland viele Menschen gegen die Einführung von Hartz IV auf die Straße gingen.

Kritiker, auch aus der Linken, warnen nun vor einer Kooperation mit Rechtsaußen. Pellmanns sächsische Parteikollegin Kerstin Köditz twitterte: „Montagsdemos“ verbieten sich, sind rechts besetzt.“

Wir erreichen Sören Pellmann bei der Gartenarbeit in Thüringen. Plant er tatsächlich eine Querfront gegen die Regierungspolitik?



**Sören Pellmann, Ostbeauftragter Bundestagsfraktion Die Linke**

**Also genau das haben wir nicht vor. Wenn ich an die Montagsdemos von 89 oder auch an die Hartz IV Demos in Leipzig denke, die auch montags stattgefunden haben, war es ein großer zivilgesellschaftlicher Protest, wo es auch den klaren Konsens gab und eine klare Abgrenzung nach rechtsaußen und gegen Rassist:innen gab. Dieser Konsens gilt auch bei den geplanten Protestaktionen in den Herbst hinein. Dass wir ein demokratisches Spektrum abbilden wollen, uns aber klar von Rassisten, Rechtsextremen und Neonazis abgrenzen, diese auch an unseren Veranstaltungen nicht teilnehmen dürfen.**

Der Experte hält es noch nicht für ausgemacht, dass es zu Massenprotesten kommt.

**David Begrich Miteinander e.V. Sachsen-Anhalt**

**Wir sind noch nicht in der Situation, dass wir Massenproteste haben. Und es gibt auch keinen Automatismus, dass sie entstehen. Wir sind in einer Vor-Situation, in der es zu einer Klärung einer gesellschaftlichen Konfliktlage kommt. Wenn wir jetzt auf eine zeitliche Entwicklung schauen zum Ende der Sommerferien. Und dann haben Parteien und Gewerkschaften ähm, einen Kampagnen-Paket, ein Vorschlagspaket, eine - am Start, ist die Voraussetzung eine ganz andere, als wenn man das Feld, äh der extremen Rechten überlässt, argumentativ bis in den September oder Oktober hinein.**

Wir treffen Daniela Kolbe, Vize-Chefin des DGB in Sachsen. Die Gewerkschaften fordern gedeckelte Preise für einen Grundbedarf an Energie - und bereiten sich auf Streiks und Demonstrationen vor.

**Daniela Kolbe stv. Vorsitzende DGB Sachsen, SPD**

**Im Moment ist ja noch Sommer. Das heißt, was wir gerade machen, ist: mit unserer Organisationskraft auf die Politik einwirken, dass erstens die Menschen entlastet werden, dass das auch fair bezahlt wird. Übergewinnsteuer ist da tatsächlich ein ganz wichtiger Punkt. Wenn wir jetzt bei der Politik nichts sehen, dann finde ich, dass Protest angezeigt ist. Sowohl vor den Werkstoren, was die Lohnfrage angeht, als auch auf der Straße, was die Politik angeht. Und als Gewerkschaften sind wir in der Lage zu mobilisieren.**

Zurück nach Heidenau: In der Habeck-Sache wird gegen Max Schreiber ermittelt - wegen Störung des öffentlichen Friedens. Ausgang offen, sicher scheint: Wenn es einen heißen Herbst gibt, wird ihn Rechtsaußen nicht für sich allein haben.